

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 68 (1974)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Gewaltlosigkeit und die Ausländerfrage in der Schweiz : Überlegungen und eine Anfrage zur Volksabstimmung über die Volksinitiative der Nationalen Aktion am 20. Oktober 1974 ; Anfrage an die Vertreter der Gewaltlosigkeit

**Autor:** Braunschweig, Hansjörg

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142384>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Eine schwierige Frage, die nicht beantwortet werden kann, stellte sich immer wieder: «Wie wäre es den Norwegern ergangen, hätten sie nicht die Hoffnung, besser gesagt die Gewißheit gehabt, daß die Alliierten schließlich siegen würden?»

In den intimen Diskussionen unter Pazifisten, die stattfanden wann immer sich Gelegenheit bot, kam man zum Schluß, daß «die Entscheidung, wie diese pazifistische Auffassung in einer Kampfsituation in die Tat umgesetzt werden kann, vom Einzelnen getroffen werden muß, je nach den Umständen, in denen er sich findet». Man einigte sich auch darüber, daß Pazifismus nicht genügt und daß «die Friedensarbeit der Zukunft mehr umfassen muß als eine Weigerung, Waffen zu gebrauchen; sie muß den fundamentalen Ursachen von Konflikten unter Nationen — wirtschaftlichen und territorialen Fragen in erster Linie — auf den Leib rücken».

Es war nicht zu vermeiden, daß sich nach Jahren des Kampfes eine gewisse Schwächung des moralischen Urteils und des Widerstandswillens einstellte, aber der Gesamteindruck des Buches ist eine Rechtfertigung der Wirkung gewaltfreien guten Willens.

Es ist ein lesenswertes Buch, da es nicht allein die Geschichte eines kleinen, aber wichtigen Sektors des Zweiten Weltkrieges wiedergibt, sondern weil es das Problem einer Anwendung gewaltfreier politischer Methoden in einer von Gewalt beherrschten Welt zur Diskussion stellt. Myrtle Wright gibt, ohne dogmatisch zu sein, ihre eigene Antwort auf diese Frage.

Phoebé E. Cusden

## Gewaltlosigkeit und die Ausländerfrage in der Schweiz

**Überlegungen und eine Anfrage zur Volksabstimmung  
über die Volksinitiative der Nationalen Aktion am 20. Oktober 1974**

Mir fällt auf, daß sich Einzelne und Gruppen in der welschen und in der deutschen Schweiz, die sich zur Zeit oder schon seit Jahren mit Problemen der Gewaltlosigkeit beschäftigen und die dem Schweizerischen Friedensrat nahestehen, als Beispiele immer wieder Fragestellungen, Vorkommnisse und Persönlichkeiten aus der Kolonialzeit, aus dem Zweiten Weltkrieg, aus dem Kampf gegen den Rassismus oder aus der Ausbeutung der Dritten Welt auswählen. Ihnen ist gemeinsam, daß sie uns nicht direkt betreffen, sondern aus der Vergangenheit oder aus dem Ausland hergeholt sind.

Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht eine Situation übersehen würde, die mit schnellen Schritten auf uns zukommen könnte: Am 20. Oktober 1974 muß das Schweizervolk über die Initiative der Nationalen Aktion abstimmen, die bekanntlich eine Reduktion der Ausländer um 500 000 innert drei Jahren vorsieht. Wir alle haben uns von Anfang gegen dieses unmenschliche Volksbegehren gewandt, aber ich glaube, daß wir uns die Konsequenzen zu wenig überlegt haben:

Wenn diese Initiative angenommen wird — und leider müssen wir mit dieser Möglichkeit rechnen, so sollen in den nächsten drei Jahren täglich rund fünfhundert Ausländer ausgewiesen werden. Am Anfang könnten sich die Schwierigkeiten auf die menschlichen Tragödien beschränken, indem viele Ausländer unser Land — zwar enttäuscht, verbittert, verzweifelt — aber aus eigenem Antrieb verlassen werden. Nach kurzer Zeit müßte aber mit energischem, das heißt polizeilichem Druck nachgeholfen werden. Tagtäglich müßte die Polizei ausländische Arbeitnehmer aus ihren Wohnungen und von ihren Arbeitsstellen wegholen und an die Grenze stellen. Die Szenen werden unvorstellbar sein. Manche Ausländer würden sich aus begreiflichen Gründen zur Wehr setzen, und nicht betroffene Ausländer würden sich mit Recht mit ihnen solidarisieren (und damit ebenfalls ihre Ausweisung riskieren). Wir werden mit häufigen Demonstrationen aller Art und entsprechendem Polizeieinsatz rechnen müssen. Daran werden sich auch Schweizerinnen und Schweizer beteiligen, für oder gegen die Ausländer, für oder gegen die Polizei je nach politischer Herkunft und Überzeugung. Der Graben zwischen jenen, die Ruhe und Ordnung fordern und jenen, die Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit verpflichtet sind, wird vertieft und ausgeweitet.

Sollte in Italien in nächster Zeit ein Umsturz nach rechts erfolgen — wer kann das ausschließen? — so werden die Ausweisungen für die Betroffenen noch grausamer und für unser Land noch viel belastender. Sollte die Polizei darauf verzichten, mit aller Konsequenz und Schärfe durchzugreifen, so werden jene, die die Ausweisungen verlangen — aufgehetzt durch die Führer der Nationalen Aktion — die Polizei zur harten Hand zwingen und sich dabei auf den Mehrheitsentscheid vom 20. Oktober 1974 berufen.

Die Polizei wird dieser Kraftprobe nicht mehr gewachsen sein. Der Ruf nach militärischem Einsatz wird die Folge sein. Die enge Verknüpfung zwischen Armee und Nationaler Aktion ist nicht zufällig, sondern innerlich begründet. Sind solche Überlegungen übertrieben? Ich glaube es nicht: Schon hat Nationalrat Oehen, der Führer der Nationalen Aktion, vom Bundesrat Notstandsmaßnahmen zur Durchsetzung der NA-Initiative gefordert.

## Anfrage an die Vertreter der Gewaltlosigkeit

Seid Ihr oder sind wir auf eine solche mögliche Entwicklung vorbereitet? Was tun wir, wenn unsere Nachbarn, unsere Freunde, unsere Arbeitskollegen abgeholt und an die Grenze geführt werden, so wie einst die Juden im Dritten Reich abgeführt worden sind? Was raten wir den Polizisten und allen Beamten, die gezwungen sind, den Volkentscheid auszuführen? Wie stellt sich für uns der Konflikt zwischen Gewaltlosigkeit und demokratischem Volkentscheid? Müßte nicht in großer Eile eine Strategie der Gewaltlosigkeit ausgearbeitet werden? Müßte man nicht heute schon aus Gründen der Menschlichkeit einen Aufruf zum Streik in bestimmten Fällen, zur Befehlsverweigerung und Militärdienstverweigerung vorbereiten? Genügen unser Einsatz im Abstimmungskampf gegen die NA-Initiative und unsere Unterstützung der «Mitenand-Initiative»? Ich bezweifle es. Hansjörg Braunschweig

## Schweden als Beobachter bei der Abrüstungskonferenz

Zu den wenig spektakulären und doch eminent notwendigen Tätigkeiten im Interesse einer Entwicklung in Richtung Weltfrieden gehört das unermüdliche Beobachten aller Entwicklungen, die sich international auf dem Gebiete der Rüstung oder Abrüstung anbahnen. Die schwedische Delegation für dieses Ziel im Ausschuß der UN hat ein gutes Auge für kleine Fortschritte, ein scharfes aber vor allem für Zuwiderhandlungen gegen die Abrüstung, die leider in der Mehrzahl sind.

Die Leiterin der Delegation, **Dr. Inga Thorsson**, die im Frühjahr den Vertretern der Supermächte ins Gewissen redete (siehe NW, Juli/August 1974), äußerte sich neuerdings am 30. Juli zu den Nukleartests, die im Verlauf der letzten zwei Monate unternommen wurden. Mrs. Thorsson ist überzeugt, daß die Einstellung der Testexplosionen — wollten die Supermächte mit dem guten Beispiel vorangehen — sicherer auf die Weltöffentlichkeit wirken, und den Frieden eher gewährleisten würde als alle Nuklearversuche. Gerade die Testexplosion, die von Indien, aus Prestige Gründen, unternommen und angeblich nur friedlichen Zwecken dienen soll, wird notwendigerweise einer weiteren Verbreitung nuklearer Waffen Auftrieb geben.

Die nuklearen Mini-Nukes (d. h. Nuklearwaffen, deren Wirkung die Zerstörungskapazität konventioneller Waffen nur unwesentlich übersteigt), zu deren Bau **Madame Alva Myrdal** seinerzeit sehr konkrete